



Dieses Schreiben soll Sie über die wesentlichen Veränderungen informieren, die mit der Einführung der elektronischen Lohnsteuerkarte und der Abschaffung der bisherigen Lohnsteuerkarte verbunden sind.

Die Lohnsteuerkarte 2010 behält für den Übergangszeitraum ab dem Jahr 2011 bis zur erstmaligen Anwendung der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale ihre Gültigkeit. Die Arbeitgeber dürfen daher die Lohnsteuerkarte 2010 nicht wie bisher am Jahresende vernichten, sondern müssen die darauf enthaltenen Eintragungen (z. B. Freibeträge) auch für den Lohnsteuerabzug im Jahr 2011 zugrunde legen.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind verpflichtet, die Steuerklasse und die Zahl der Kinderfreibeträge auf der Lohnsteuerkarte 2010 umgehend durch das Finanzamt ändern zu lassen, wenn die Eintragungen von den Verhältnissen zu Beginn des Jahres 2011 zu ihren Gunsten abweichen, z. B. Eintragung der Steuerklasse I ab 2011, weil die Ehe in 2010 aufgelöst wurde und somit die Voraussetzung für die Steuerklasse III weggefallen ist. Diese Verpflichtung gilt auch, wenn die Steuerklasse II bescheinigt ist, die Voraussetzung für die Berücksichtigung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende im Laufe des Kalenderjahres jedoch entfällt.

Falls sich ein für das Jahr 2010 eingetragener Freibetrag verringert (z. B. geringere Fahrtkosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte oder Verringerung eines Verlustes aus Vermietung und Verpachtung), kann dies ohne eine Korrektur zu erheblichen Nachzahlungen im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung führen. Die Herabsetzung des Freibetrags kann beim Finanzamt beantragt werden.

Nach Einführung des elektronischen Verfahrens (im Jahr 2012) müssen sämtliche antragsgebundene Einträge und Freibeträge **erneut** beim zuständigen Finanzamt beantragt werden.

Wird im Jahr 2011 erstmalig eine Lohnsteuerkarte benötigt, stellt das zuständige Finanzamt stattdessen eine Ersatzbescheinigung aus. Ausgenommen hiervon sind ledige Arbeitnehmer, die ab dem Jahr 2011 ein Ausbildungsverhältnis als erstes Dienstverhältnis beginnen. Hier kann der Arbeitgeber die Steuerklasse I unterstellen, wenn der Arbeitnehmer seine steuerliche Identifikationsnummer (IdNr), sein Geburtsdatum sowie die Religionszugehörigkeit mitteilt und gleichzeitig schriftlich bestätigt, dass es sich um das erste Dienstverhältnis handelt. Der Arbeitgeber hat die Erklärung des Arbeitnehmers bis zum Ablauf des Kalenderjahres als Beleg zum Lohnkonto aufzubewahren.

Die Lohnsteuerkarte soll ab dem Jahr 2012 durch ein elektronisches Verfahren ersetzt werden. Ab dem Jahr 2011 geht die Zuständigkeit für die Änderung der Lohnsteuerabzugsmerkmale (z. B. Steuerklassenwechsel, Eintragung von Kinderfreibeträgen und anderen Freibeträgen) von den Meldebehörden auf die Finanzämter über. Die Finanzämter werden bereits im Jahr 2010 zuständig, falls die Änderungen den Lohnsteuerabzug 2011 betreffen.

Im Rahmen des neuen elektronischen Verfahrens werden keine zusätzlichen persönlichen Daten erhoben. Lediglich die Übermittlung der bereits in den Melderegistern und bei den Finanzämtern gespeicherten Daten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird neu organisiert. Die Angaben der bisherigen Vorderseite der Lohnsteuerkarte (Steuerklasse, Kinderfreibeträge, sonstige Freibeträge und Religionszugehörigkeit) werden hierzu in einer Datenbank der Finanzverwaltung zum elektronischen Abruf für die Arbeitgeber bereitgestellt und künftig als **Elektronische LohnSteuerAbzugsMerkmale (ELStAM)** bezeichnet.

Die Lohnsteuerkarte als bisheriger Träger dieser Informationen wird damit nicht mehr benötigt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen zu Beginn eines neuen Beschäftigungsverhältnisses ihrem Arbeitgeber nur noch ihr Geburtsdatum und die IdNr mitteilen sowie die Auskunft geben, ob es sich um das Haupt- oder um ein Nebenarbeitsverhältnis handelt.

Damit kann der Arbeitgeber anschließend die notwendigen ELStAM bei der Finanzverwaltung abrufen. Hat das Arbeitsverhältnis auch schon im Jahr 2010 oder 2011 bestanden, liegen dem Arbeitgeber das Geburtsdatum sowie die IdNr seines Arbeitnehmers zum Abruf der jeweiligen ELStAM bereits vor, da diese auf der Lohnsteuerkarte 2010 oder auf der Ersatzbescheinigung des Jahres 2011 aufgedruckt wurden.

Nach dem derzeitigen Stand soll der Arbeitgeber die ELStAM in der Lohnabrechnung ausweisen und verpflichtet werden, dem Arbeitnehmer unverzüglich einen Ausdruck der Lohnabrechnung mit den übermittelten ELStAM auszuhändigen oder elektronisch bereitzustellen (s. Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2010, § 52b - neu - Einkommensteuergesetz).

Für den Abruf der ELStAM ist eine Registrierung des Arbeitgebers bzw. eines Vertreters der steuerberatenden Berufe oder eines Dienstleisters bei der Finanzverwaltung erforderlich. Diese erfolgt im Internet über das ElsterOnline-Portal unter www.elsteronline.de. In der Regel besteht eine solche Registrierung schon, da dieser Weg für die Übermittlung von Lohnsteuerbescheinigungen bereits gesetzlich vorgeschrieben ist.

Werden diese Tätigkeiten durch einen Vertreter der steuerberatenden Berufe oder einen Dienstleister übernommen, erfolgt der Abruf über dessen Registrierung. In diesen Fällen ist eine Registrierung des Arbeitgebers nicht erforderlich.

Änderungen der ELStAM werden dem Arbeitgeber monatlich in einer Änderungsliste bereitgestellt und müssen von diesem monatlich abgerufen werden. Kommt der Arbeitgeber seiner Pflicht zum Abruf der Änderungsliste nicht nach, wird die Finanzverwaltung den Abruf anmahnen. Generell wird die Kommunikation zwischen dem Arbeitgeber und der Finanzverwaltung entweder durch die Buchhaltungssoftware des Arbeitgebers oder über das ElsterOnline-Portal erfolgen.

Die Verwendung der Daten unterliegt strengen Zweckbindungsvorschriften. Sowohl die Übermittlung als auch die Speicherung der Lohnsteuerdaten in der ELStAM-Datenbank erfolgt auf Grundlage von § 39e Einkommensteuergesetz sowie § 139b Abgabenordnung. Welche ELStAM zur Übermittlung gespeichert sind und welcher Arbeitgeber diese in den letzten zwei Jahren abgerufen hat, können Arbeitnehmer mit der Einführung des elektronischen Verfahrens jederzeit über das ElsterOnline-Portal www.elsteronline.de einsehen. Dazu ist eine Authentifizierung unter Verwendung der IdNr im ElsterOnline-Portal notwendig.

Darüber hinaus ist das Finanzamt Ansprechpartner des Arbeitnehmers, falls er Auskünfte über die gespeicherten ELStAM einholen möchte.

Nur die aktuellen Arbeitgeber sind berechtigt, die ELStAM abzurufen. Mit Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses entfällt diese Berechtigung, und der Arbeitgeber ist verpflichtet, sich für diesen Arbeitnehmer aus der ELStAM-Datenbank abzumelden. Diese Tätigkeiten können auch durch einen Vertreter der steuerberatenden Berufe oder einen Dienstleister übernommen werden.

Arbeitnehmer können beim zuständigen Finanzamt beantragen, konkrete Arbeitgeber zu benennen oder vom Abruf ihrer ELStAM auszuschließen (Positivliste/Teilspernung/Vollsperrung). Kann Ihr Arbeitgeber aufgrund einer Sperrung keine Daten abrufen, ist er verpflichtet, den Arbeitslohn nach Steuerklasse VI zu besteuern.

Das elektronische Verfahren wird u. a. zu mehr Bürgerfreundlichkeit sowie nachhaltigen Kosteneinsparungen führen. Die bisher jährlich zu erfolgende Erfassung, Verwaltung und Vernichtung der Lohnsteuerkarten sowie die Erinnerung des Arbeitnehmers zur Abgabe der Lohnsteuerkarte entfallen zukünftig. Zudem behalten die ELStAM des Arbeitnehmers solange ihre Gültigkeit, bis deren Änderung dem Arbeitgeber angezeigt wird. Für den Arbeitgeber sind nur noch die elektronisch gespeicherten Daten verbindlich.

Weitere Informationen dazu finden Sie ab Oktober 2010 auch unter www.elster.de.